**Deutscher Bundestag**
**8. Wahlperiode**

**Drucksache 8/991**

05. 10. 77

Sachgebiet 902

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Leicht, Damm, Straßmeir und der Fraktion der CDU/CSU**

## Bericht über Telefon-Nahbereichsversuche

Der Bundestag wolle beschließen:

Bei der Einführung eines Zeittaktes in den Telefon-Ortsnetzen handelt es sich um einen wesentlichen Eingriff in den bisherigen Besitzstand der Telefonkunden. Deshalb wird der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen aufgefordert, bevor er die Versuche mit einem Acht-Minuten-Zeittakt in den sechs Telefon-Nahbereichen Aichach, Fulda, Hilders, Moosburg a. d. Isar, Regensburg und Überlingen als beendet erklärt und die Aufträge für die Einrichtung der Zeitzählung in den bisherigen Ortsnetzen vergibt, dem Plenum des Deutschen Bundestages über die Ergebnisse der Versuche umgehend zu berichten.

Bonn, den 5. Oktober 1977

**Dr. Dollinger**
**Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)**
**Leicht**
**Damm**
**Straßmeir**
**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

**Begründung**

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen hat am 13. Februar 1976 dem Deutschen Bundestag eine Auswertung nach Abschluß des Probebetriebs zugesichert. Den Mitgliedern des Postverwaltungsrates wurde in der Sitzung vom 14. März 1976 zugesichert, daß sie nach Abschluß des Probebetriebs über die Konsequenzen aus den Ergebnissen zu entscheiden hätten. Dem Bürger wurde durch ein Flugblatt der Post, das in diesen Tagen verteilt wurde und das mit Halbzeit beim Nahdienstprobebetrieb überschrieben war, die Auffassung bestätigt, daß die Versuche noch ein halbes Jahr weitergeführt werden.

Neben dem Bundespräsidialamt wurde den Bürgern auch von Kollegen aus SPD und FDP auf Anfrage mitgeteilt, daß endgültige Entscheidungen für oder gegen den Zeittakt erst nach Abschluß der Versuche getroffen würden. Dies mögen folgende Zitate aus Briefen an die „Aktion Billiges Telefon" beweisen:

— SPD-Parteivorstand, Brandt, gez. Wolfram Scheidt, vom 14. Dezember 1976

  ... Der Beschluß des Bundeskabinetts vom Frühjahr 1976 sieht eindeutig vor, daß eine endgültige Entscheidung über eine Umstellung im gesamten Netz der Bundespost erst nach Auswertung dieses Versuchs getroffen wird.

— E. Mahne, SPD, Arbeitsgruppe Verkehr, Post- und Fernmeldewesen vom 28. Februar 1977

  ... Entscheidungen sind durch den Beginn des Versuches noch nicht gefallen. Diese sind erst dann zu treffen, wenn der Versuch ausgewertet ist.

— K. J. Hoffie, FDP, vom 16. Mai 1977, gez. Eisenbach, pers. Referent

  ... daß bis heute noch keine Entscheidung für oder gegen den Zeittakt getroffen wurde, daß eine derartige Entscheidung erst nach Abschluß der sechs Testversuche ansteht ...

Der Bundespostminister stützt sich bei seinem Vorgehen, die Versuche als beendet zu erklären und die Aufträge für die Zeitzählung zu vergeben, nach seinen eigenen Angaben nur auf die Zustimmung des Kabinetts und nicht auf die des zuständigen Postverwaltungsrates. Dies ist nicht ausreichend.